

# Dresdner Volkszeitung

Vollredaktion: Leipzig. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Verlagsamt: Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Briefkasten monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26 201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Spaltenbreite mit 28 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 77. Dresden, Dienstag den 3. April 1917. 28. Jahrg.

## Der Kriegszustand mit Amerika.

Wachsender Einfluß der russischen Arbeiter. — Ein Ministersturz-Prozess in Wien. — Der deutsche Verfassungsvorschritt.

† Washington, 2. April. (Reuter.) Wilson forderte heute abend den Kongress auf, zu erklären, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland der Kriegzustand bestehe.

Das vorliegende Telegramm ist zwar nur eine Forderung, deren Wichtigkeit noch nicht von anderer Seite bestätigt worden ist. Jedoch nach den Meldungen über die amerikanischen Vorgänge der letzten Zeit kann daran nicht gezweifelt werden, daß sie zutreffend ist. Ebenso ist daran kein Zweifel möglich, daß der Kongress zum mindesten Wilson zustimmen wird, wenn er es nicht vorzieht, ein schärferes Vorgehen zu verlangen, und beschließt, daß Deutschland der Krieg erklärt werden soll.

In welcher Weise die Amerikaner am Krieg teilnehmen werden, steht noch nicht fest. Bis vor kurzem waren sich die Leiter des amerikanischen Staatswesens selbst nicht darüber klar, ob sie sich nur auf den Schutz der Schifffahrt gegen Unterseeboote und die Unterstützung der Alliierten durch Geld und Munition beschränken, oder ob sie die Sendung eines Expeditionskorps nach Europa vorschlagen wollen.

Amerika besitzt zwar kein größeres Heeres, so daß nicht daran gedacht werden kann, daß es bald größere Truppenmassen auf den europäischen Kriegsschauplatz sendet, aber darüber darf man sich keinerlei Äußerung hingeben, daß die Vereinigten Staaten in einigen Monaten größere Truppenmassen zur Verfügung haben können, wenn sie es wollen. Das Beispiel Englands zeigt, daß ein mit den Mitteln der modernen Industrie ausgerüstetes Land in verhältnismäßig kurzer Zeit Millionenheere auf die Beine bringen kann. Dazu kommt, daß sich unter den amerikanischen Bürgern sich viele befinden, die in einem europäischen Staate Soldaten gewesen sind, ehe sie nach Amerika übersiedelten. Selbst wenn man in Amerika nicht zu einer Einführung des Dienstwehens überredet, so dürften sich doch viele freiwillig dazu bereit erklären, die Waffen gegen die Centralmächte zu führen. Wir müssen leider damit rechnen, daß sich infolge der Nähe der deutschfeindlichen Presse in den Köpfen vieler amerikanischer Bürger die Anschauung festgesetzt hat, daß sie der Sache der Rechtlichkeit und der Freiheit dienen, wenn sie gegen Deutschland die Waffen führen. Ob tatsächlich den Entente-Ländern mit der Ueberführung amerikanischer Truppen nach Europa sehr gebietet wäre, steht freilich auf einem anderen Blatte. Zweifellos würde durch die Ueberführung amerikanischer Truppen nach Europa die für diese Länder so drückende Schiffskontingente noch verschärfen.

Für das deutsche Volk ist es jedenfalls schmerzhaft, daß ihm nun in dem großen aufstrebenden und tüchtigen Volk jenseits des Ozeans, mit dem uns durch die zahlreichen Deutschen, die amerikanische Bürger geworden sind, vielfache Beziehungen verbinden, ein neuer Feind entstanden ist. Die Aussichten auf einen baldigen Frieden werden durch den Eintritt Amerikas in den Krieg vermindert. Mit den Vereinigten Staaten wird die letzte bisher noch neutrale Großmacht der Welt in den Krieg hineingezogen, derjenige Staat, von dem man bei seiner großen politischen und wirtschaftlichen Macht am ehesten erwarten konnte, daß es ihm einmal gelingen könnte, mit Erfolg eine Friedensvermittlung in die Wege zu leiten.

Den Schwältern in den Entente-Ländern, die Deutschland niederschmettern wollen, wird es nun leichter wie bisher möglich sein, bei ihren Vätern die Hoffnung auf den verheißenen Endsieg von neuem zu beleben, die Kriegsstimmung wieder mehr zu entzünden und dadurch den Willen zu einer weiteren Fortführung des Krieges zu stärken.

Was auch immer kommen wird, das deutsche Volk darf und wird sich auch durch den Eintritt eines neuen Gegners in die Reihen seiner Feinde nicht von dem Willen abbringen lassen, die in den Entente-Ländern gehegten Niederwerfungspläne zunichte zu machen. Andererseits aber ist es jetzt mehr wie je geboten, daß den verschiedensten Wünschen unserer Erwerbspolitiker scharf entgegengetreten wird, damit die Welt sieht, daß die Mehrheit des deutschen Volkes für die gefährlichen Pläne dieser Leute nichts übrig hat. Von der deutschen Regierung aber muß verlangt werden, daß sie nicht nur weiterhin ihre Friedensbereitschaft entschieden betont, sondern daß sie endlich zu kraftvollen Reformen unseres Verfassungslebens die Hand reichet. Sie muß durch ihre Taten den so weit verbreiteten Glauben zu widerlegen suchen, daß Deutschland ein Feind der Demokratie und der Freiheit ist. Damit wird sie sehr dazu beitragen, die neuen Gefahren zu mindern, die Deutschland drohen, und dazu helfen, einem Frieden die Wege zu bereiten, der die Völker von den Qualen des Krieges erlöst.

## Verlustreiche englische Erkundungen bei Yapanme.

(W. T. S.) Militärisches Hauptquartier, den 3. April 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz. Rüdlich von Arras heftiger Geschützkampf; mehrere gegen unsere Stellungen vordringende englische Kufelungsabteilungen wurden abgewiesen.

Die gewalttätigen Erkundungen der Engländer und Franzosen im Kampfgebiet nördlich von Yapanme und westlich von St. Quentin wurden von starken Kräften ausgeführt. Sie verliefen — wie Beobachtungen und Gefangenenbefragungen ergaben — für den Feind äußerst verlustreich. Bei Korten wurden von uns über 500 Engländer gefangen zurückgeführt; sie griffen jedoch in englische Maschinenabwehrfeuer, so daß nur 60 unsere Linien erreichten.

Westlich der Straße Cambrai-Cateau-Camille entsprengte unser Artilleriewesen beachtliche Truppenansammlungen; in der Champagne, südlich von Reims, unterband seine vernichtende Wirkung einen sich vorbereitenden Angriff.

In Luftkämpfen verlor der Feind vier Flugzeuge, von denen zwei durch Oberleutnant Freiherrn v. Nidhollen abgeschossen wurden.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Herbergruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Nordwestlich von Danzig hatten mehrfach bewährte Stabtruppen einen Offizier, 13 Mann und zwei Maschinengewehre aus der

## Zum Kriegszustand mit Amerika.

Washington, 2. April. (Reuter.) Wilsons Adresse wird unverzüglich an alle Volkshäuser und Gesandtschaften der Vereinigten Staaten geschickt und allen amerikanischen Diplomaten im Auslande telegraphiert werden. Wie verlautet, ist die Adresse darauf, daß die fremden Regierungen sie als einer Erklärung des Kriegszustandes so nahe stehend betrachten dürften, daß dadurch Neutralitätsverpflichtungen erforderlich gemacht würden.

## Die russische Revolution und die Armeen.

Amsterdam, 3. April. Aus Petersburg wird gemeldet, daß ein Plan für eine Veränderung der Personalitäten der Obersten Heeresleitung bereits entworfen ist. Die Notwendigkeit großer und tief greifender Veränderungen wird allgemein zugegeben. Viele Offiziere sind, nachdem die Propaganda darüber abgeschlossen hatten,

## Amerikanische Kriegsvorbereitungen.

Daily Telegraph meldet aus New York: „Alle Departements arbeiten mit Hochdruck, um die Armee und Flotte in Kriegsbereitschaft zu setzen. In den Marinekreisen herrscht besonders eifrige Tätigkeit. Nach einer Kabinetsbesprechung am Freitag wurde bekannt, daß Präsident Wilson sich endgültig für den Krieg entschlossen habe. In Washington werden für diese Woche Umläufe und Rundgesandungen erwartet, die für den Präsidenten, einreisen und die Wirkung der deutschfreundlichen Werbetätigkeit vernichten sollen. Aus vielen Staaten werden dem Präsidenten Zustimmungskundgebungen geschickt. Die Passagiere sind trotzdem immer noch sehr zahlreich.“

## Die Opposition gegen Wilson.

Nach einer Meldung des Petit Parisien wird sich Wilson im Kongress zwei Oppositionsparteien gegenüber befinden, und zwar den Republikanern und der von Bryan geführten Positivisten. Bryan hat an den Senat und an das Haus der Repräsentanten einen Appell gerichtet, in dem er darauf drängt, daß der Versuch gemacht werde, eine Aufhebung der rüchlich erfolglosen deutschen U-Bootskrieges herbeizuführen durch Anwendung des sogenannten Bryan'schen Friedensplanes, der die Unterjochung aller Streitkräfte durch einen internationalen Gerichtshof vorsieht, bevor ein Krieg ausbricht. Bryan hat den Kongress gebeten, die Wünsche des Volkes durch eine Volksabstimmung zu erforschen.

## Preistreiberprozess und Ministersturz.

Ein sensationeller Preistreiber- und Betrugprozess wird seit einigen Tagen gegen Dr. Kranz und Genossen verhandelt. Es handelt sich dabei um die Bierversorgung des Heeres durch die Militärzentrale und die Allgemeine Depositionsbank. Der Prozess, der am 20. März vor dem Wiener Landesgericht begann, richtet sich gegen den ehemaligen Präsidenten der Allgemeinen Depositionsbank, Dr. Joseph Kranz, den früheren Direktor und Leiter der Warenabteilung dieser Bank, Kommerzialrat Dr. Richard Freund, dessen Schwager, den Holzhändler und Grundbesitzer in Ungarn Franz Kubel, den Fabrikanten und Geschäftsführer der Firma Löw u. Heilig in Amnau, Fritz Heilig, den Brauereidirektor für Galizien Norbert Belberger und den Lemberger Bierhändler Leo Schwarzmann. Die vom Chef der Wiener Staatsanwaltschaft, Hofrat Dr. E. Hüpler erhobene Anklage legt

russischen Erkundung, auch bei Maslowitzki, nördlich von Logdanow, hatte ein Erkundungsvorstoß vollen Erfolg und brachte einen Offizier und 25 Mann an Gefangenen ein.

Nördlich von Baranowitschi griffen mehrere russische Kompanien eine unierer Heeresabteilung an, die trotz starken Feuer vorbereitungen ihre Stellung behauptete.

Zehntausend russischen Feuer beiderseits der Bahn Siczow-Tarnopol, an der Blota Lipsa und am Dnjepr sind keine Infanterieangriffe erfolgt.

In der Ostliga Solotwinski vordringende Jagdabteilungen der Russen wurden zurückgedrängt.

In der Front des Generalobersten Gschewzow Josefow und bei der Herbergruppe des Generalfeldmarschalls u. Kaiserin keine Ereignisse von Bedeutung.

## Wagetonische Front.

Zwischen Östria- und Trebis-See drangen unsere Truppen in vordringende Stellungen der Franzosen; sie setzten nach Ermahnung von Gegenangriffen beschützend in die eigenen Reihen mit Wucht zurück.

Nördlich von Monastir ist ein kleiner französischer Angriff gescheitert.

## Der erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Die Gründe waren teils Unfähigkeit, teils rassistische Einstellung, teils die deutsche Sache. Amsterd., 3. April. Das Allgemeine Handelsblatt meldet aus Petersburg vom 2. April: Die Petersburger Garnison hat bekanntgemacht, daß alle Soldaten und Offiziere, die nicht in bestimmter Zeit ihren regelmäßigen Regimentsdienst wieder aufnehmen, als Parteigänger des alten Regimes und als Landesverräter zu betrachten seien.

## Das erste bewaffnete amerikanische Handelsschiff torpediert.

Quincy, 2. April. (Agence Havas.) Ein deutsches Unterseeboot hat das erste bewaffnete amerikanische Handelsschiff Altos, das sich auf der Reise nach Europa befand, zum Sinken gebracht. Ein seiner Patriotismusboote traf auf dem Meere ein Boot mit 18 Mann seiner Besatzung an. 10 Mann sollen noch fehlen. Im Meer herumtreibend, fürchtet man, die übrigen Schiffbrüchigen nicht mehr aufzufinden zu können.

den Verschuldigten das Vergehen der Weistreiberei nach § 212 der Kaiserlichen Verordnung vom 21. August 1916 zur Last.

Dr. Kranz hatte mit dem Kriegsinstitut eine Bieranwartsstelle für das Heer, errichtet. Die Anlage wird ihm vor, Bierverträge, die für die Heeresverbraucher zur Verfügung gestellt worden waren, auf dem Wege eines unzulässigen Seitenhandels veräußert und der Depositionsbank damit riesige Gewinne zugeführt zu haben. Neben den Biergeschäften haben sich Dr. Kranz und Dr. Freund auch noch mit anderen Worten befaßt. Bei einem Rundgeschäft ergab sich ein Nutzen von fast 100 Prozent. Aus allen Geschäften zusammen entfiel auf die Depositionsbank ein Gewinn von 406 000 Kronen. Die Staatsanwaltschaft erklärt, es sei in ungewisshafter Weise zu erkennen, daß es sich um Spekulationsgeschäfte schlichter Art handelte, bei welchen lediglich das Bestreben vorherrschte, durch rüchliche Ausnutzung der Konjunktur nicht nur den größtmöglichen, sondern einen gar keinen Gewinn zu erzielen.

Die Depositionsbank, der diese Geschäfte bedenklich erschienen waren und die auf einen Nutzen von über 30 000 Kronen Provision aus diesen Geschäften verzichtet wollte, traf mit Herrn Heilig eine Vereinbarung, worauf die Umbuchung des ganzen Kontos auf das Privatkonto der Firma Löw u. Heilig erfolgte.

Gegen den Generalbevollmächtigten des Bonshaus' Theodor, kaiserlicher Rat Schönwald, der zugleich Mitglied des Weistreibende Komitees der Depositionsbank ist, war im Laufe der Verhandlung von den Angeklagten der Vorwurf erhoben worden, daß er die treibende Kraft bei den Geschäftsdarstellungen der Depositionsbank war und außerdem bei der Verbuchung des Reingewinns aus einem der Geschäfte der Depositionsbank eine methodische Schiebung vorgenommen habe. Er soll nämlich einen Betrag von 450 000 Kronen auf ein privates Konto überweisen haben. Ein Briefwechsel, der Rückschlüsse über das Reingewinn hätte geben können, soll von Schönwald befestigt worden sein. Schönwald gab bei seiner Vernehmung Aufschluß über den im September d. J. zwischen der Depositionsbank und der Firma Heilig geschlossenen Syndikatsvertrag, der sich darauf bezog, daß die Depositionsbank Geschäfte machte, bei denen sie sich mit Kapital nicht so sehr engagieren wollte, und daher die Firma Heilig mit ihrem Geldern ausstaff. Schönwald geriet wegen der Umbuchung der 450 000 Kronen im Widerspruch mit seinen früheren Angaben. Nach einer lebhaften Erwiderung erklärte der Staatsanwalt, daß Strafverfahren gegen Schönwald wieder auszunehm, gegen den sich in der Verhandlung noch ein weit schwerer Verdacht ergeben hatte, indem er durch die Umbuchung der 450 000 Kronen aus dem Vermögen der Depositionsbank in das Syndikatkonto einen demgemäßen Betrag an den Aktionären der Depositionsbank begangen habe. Wegen Verdachts falscher Zeugnisaussage beschloß das Gericht die Durchführung des gegen Schönwald vor dem Untersuchungsrichter, Schönwald, ein öffentlicher Mann, der während dieser Jahre ganz zusammenwand,